

Vertragsärzte fordern mehr Handlungsspielraum für Arzt und KV

„Wir sind am Würgehalsband der Bundesgesundheitsministerin.“ Mit diesen drastischen Worten charakterisierte Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), die Lage der kassenärztlichen Selbstverwaltung. Die KBV hatte zum ersten Deutschen Kassenärztetag nach Berlin eingeladen, um den Parteien vor den Bundestagswahlen die Forderungen der Kassenärzteschaft zu präsentieren.

von Ruth Banners

Köhler verlangte von der Politik, vor einer neuen Gesundheitsreform zunächst einmal grundsätzliche Fragen zu klären. „Wollen wir die Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung erhalten – und wenn ja, wie?“, fragte der KBV-Chef. Oder anders ausgedrückt: „Wie können Leistungsversprechen und zur Verfügung stehende Mittel in Einklang gebracht werden?“ Vor diesem Hintergrund postulierte er sieben Kernforderungen der Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten (siehe Kasten unten rechts).

An erster Stelle stehen für die KBV der Erhalt und der Schutz des freien Berufs. Der Erhalt dieses Status diene vor allem „dem Schutz des Patienten“, führte Köhler aus. Denn er stehe für eine hohe Verantwortung und Expertenwissen. Er sichere die Unabhängigkeit der Entscheidung in medizinischen Fragen. Aber dazu gehöre auch eine ärztliche Selbstverwaltung, die berufsrechtliche Pflichten festlege und die Qualität der Berufsausübung in eigener Verantwortung sichere.

„Kassenarzt darf nicht Arzt der Kassen werden“

Köhler verlangte „ein Primat der Medizin statt einem Diktat der Ökonomie“. Er warnte vor einer zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens mit fatalen Folgen bis hin zur Aushöhlung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Der KBV-Vorsitzende bekannte sich zur Wirtschaftlichkeit der



Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, fordert den ungeteilten Sicherstellungsauftrag für die KVen zurück. Foto: KBV



Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, warnt vor „Managementdenken“ im Gesundheitswesen. Foto: EKD

Versorgung, verweigerte sich aber der „totalen Ökonomisierung“. Das beinhalte auch eine „Wettbewerbsordnung“ statt des Wildwuchses, der derzeit um sich greife.

Köhler verlangte für die Kassenärztlichen Vereinigungen den ungeteilten Sicherstellungsauftrag sowie den Erhalt des Kollektivvertrags. Einzelverträge mit den Kassen sollten „Add-on“-Verträge als Ergänzung zum Kollektivvertrag sein. „Der Kassenarzt darf nicht zum Arzt der Kassen werden“, warnte Köhler. Er verlangte auch eine grundsätzliche Rückkehr zur Einzelleistungsvergütung: „Pauschalen führen zu Intransparenz und bilden den tatsächlichen Leistungsbedarf nicht ab.“ Niedergelassene Ärzte und Psychologische Psychotherapeuten wollten dabei „nicht immer mehr Geld, aber gutes Geld für eine gute Leistung“. Die Praxen brauchten auch einen Abbau der bürokratischen Überregulierung sowie sachorientierte Arzneimittelregelungen ohne Regressrisiko für den Arzt.

Bischof Huber warnt vor Diktat der Ökonomie

Zuvor hatte Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), in seinem Gastvortrag ebenfalls eindringlich vor dem Diktat der Ökonomie im Gesundheitswesen gewarnt. Er rief die tragenden Werte des deutschen Gesundheitswesens in Erinnerung: „Der Grundsatz, dass jeder, unabhängig von Einkommen oder sozialem Status, Zugang zu medizinischen Leistungen haben soll, muss bewahrt werden.“ Es sei auch für die Gesunden gut zu wissen, dass Krankheiten nicht zum Ausschluss führen. Eine Gesellschaft, die keine Solidarität aufbringe, schade sich selbst, führte Huber aus.

Die „Managementlogik“ mit ihrem rein ökonomischen Blick richte im Gesundheitswesen schweren Schaden an.

Zugleich betonte der EKD-Vorsitzende, ein „totales Versorgungssystem“ – ohne Eigenverantwortung und Beistand von Familie, Nachbarn oder Freunden – sei „nie intendiert“ gewesen und auch nicht finanzierbar. Solidarität schließe Eigenverantwortung nicht aus. Vielmehr müssten die „persönlichen Ressourcen“ der Patienten und ihrer Angehörigen gestärkt werden. Das Gesundheitssystem werde auf lange Sicht nur finanzierbar sein, wenn die Bereitschaft in der Gesellschaft wachse, etwas für die eigene Gesundheit zu tun.

In der Podiumsdiskussion von Vertretern der fünf Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Linkspartei bestand Einigkeit, dass die KVen nicht abgeschafft werden sollten, dass Wettbewerb als Suchmodell für neue Versorgungsformen sinnvoll sei, jedoch dringend eine Wettbewerbsordnung brauche und die Freiberuflichkeit des Arztes zu schützen sei. Insbesondere soll nach Auffassung der Parteienvertreter ausgeschlossen werden, dass Kapitalgesellschaften Träger von Medizinischen Versorgungszentren werden können.

Die Forderungen der Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten zur Bundestagswahl 2009

- Erhalt und Schutz des freien Berufs
- Primat der Medizin statt Diktat der Ökonomie
- Geordneter Wettbewerb statt Wildwuchs
- Abbau der bürokratischen Überregulierung
- Gutes Geld für gute Leistung
- Arzneimitteltherapie ohne Regressrisiko
- Gestaltungsspielraum für die ärztliche Selbstverwaltung